

Das Theater Osnabrück hat die Aufführung des Fußballstücks in eine Spielerkabine des VfL verlegt. Theatermacher und Fußballmacher hoffen, so das jeweils andere Publikum für sich zu gewinnen  
 ▶ SEITE 23

Eine türkische Hochschulgruppe mit Verbindungen zu den nationalistischen Grauen Wölfen hat in Hannover einen AFD-nahen Burschenschaftler zum Vortrag gebeten. Der relativiert den Völkermord an den Armeniern – in der Uni  
 ▶ SEITE 22



Foto: dpa



Immer an der Weser lang: An der Brücke im Hintergrund baut Kühne+Nagel, denen die SPD das Mahnmal nicht zumuten wollte, an der Schlachte sind Treppen im Weg, rechts daneben redet der Denkmalschutz mit Foto: Jan Zier

# Das Mäandern des Mahnmals

**NS-GESCHÄFTE** Bremens rot-grüne Regierungskoalition einigt sich auf einen Standort für das Bremer „Arisierungs“-Mahnmal, der dem Logistikkonzern Kühne+Nagel nicht allzu sehr wehtut. Ob der realisierbar ist, hängt aber noch vom Votum des Denkmalschutzes ab

VON HENNING BLEYL

Auf einen Standort für das Bremer „Arisierungs“-Mahnmal hat sich nun der rot-grüne Kollisionsausschuss des kleinsten Bundeslandes geeinigt. Es soll an der Schlachte installiert werden, Bremens innerstädtischer Flaniermeile an der Weser. Dieser Vorschlag der beiden Regierungsparteien ist ein Kompromiss, dem lange Auseinandersetzungen vorausgingen. Konzipiert wurde der aus einem Ideenwettbewerb der taz hervorgegangene Mahnmalentwurf für den Standort von Kühne+Nagel: Der weltweit drittgrößte Logistikkonzern hat seinen Stammsitz in Bremen, dort verbuchte er im Zweiten Weltkrieg die gewaltigen Gewinne aus seinem Westeuropageschäft. Dieses bestand darin, möglichst viele der Besitztümer jüdischer Familien,

die aus Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg deportiert worden waren, nach Deutschland zu schaffen – wo sie unter anderem auf „Juden-Auktionen“ versteigert wurden. Die Bremer SPD sperrt sich dennoch dagegen, das Mahnmal am Fuß des monumentalen Neubaus von Kühne+Nagel zu ermöglichen. Es geht um ein paar Quadratmeter des städtischen Grund und Bodens – eine Platzierung derart unmittelbar vor dem Firmengelände sei dem Konzern jedoch nicht zuzumuten, meint Bremens sozialdemokratischer Bürgermeister Carsten Sieling. Zudem sei es historisch nicht angemessen, einer einzelnen Firma einen derartigen „Erinnerungsort“ vor die Nase zu setzen. Die Bremer Grünen hingegen haben sich ausdauernd dafür eingesetzt, den Entwurf wie vorgesehen zu realisieren. Sie

können sich auf einen Beschluss der Bremer Bürgerschaft berufen, den diese bei nur fünf Gegenstimmen von der FDP im November gefasst hatte: Demnach soll bei der Errichtung des „Arisierungs“-Mahnmals „insbesondere auch ein Standort im Umfeld des Neubaus der Firma Kühne+Nagel“ einbezogen werden. Doch die SPD dehnte den Begriff des „Umfelds“ derart, dass sie doch lieber einen Standort im weit entfernten Stadtteil Walle vorschlug. In einer langen Nachtsitzung einigten sich die Koalitionäre nun auf einen Standort circa 400 Meter von Kühne+Nagel entfernt, mitten im belebtesten Teil der Flaniermeile. Technisch wäre der Entwurf allerdings nur umsetzbar, wenn der Landeskonservator dafür einen Teil der denkmalgeschützten alten Kaimauer freigeben würde – der Rest des von Rot-Grün ins

*In einer langen Nachtsitzung einigten sich die Koalitionäre auf einen Standort 400 Meter von Kühne+Nagel*



Siegerentwurf Abb.: Oettinghausen

Auge gefasste Arealen besteht aus Sitzstufen, die keinen Platz für den Entwurf lassen. Der besteht aus zwei rechtwinklig aufeinanderstoßenden Sichtschächten, die an deren Ende die Schattenkonturen ausgeräumter Möbel zu sehen sind. Ein subtiler Hinweis darauf, dass in Westeuropa ab 1942 der Inhalt von circa 70.000 Wohnungen jüdischer Familien zur „Verwertung“ nach Deutschland geschafft wurde. An diesem Geschäft hatte Kühne+Nagel maßgeblichen Anteil – in Gegensatz zu den anderen Bremer Speditionen, die „nur“ an der Beraubung der zahlenmäßig eher kleinen jüdischen Gemeinde Bremens verdienten sowie an der Auswanderung: Die über Bremerhavern fliehenden jüdischen Familien mussten immer öfter ihre Kisten im Hafen zurücklassen, deren Inhalt dann versteigert wurde. Die Dimension dieser

„Arisierungs“-Gewinne war allerdings längst nicht so groß wie das von Kühne+Nagel dominierte Westeuropageschäft. An Vorschlägen für die Mahnmalplatzierung war in Bremen und umzu kein Mangel: Zahlreiche Bremerinnen beteiligten sich, dabei kam es allerdings auch zu obskuren Täter-Opfer-Verkehrungen wie in Gestalt der Aussage: Der „einzige richtige Ort in Bremen“ für das Mahnmal sei „auf oder vor dem Gelände der Synagoge in Schwachhausen“. Dem *Weser-Kurier* war das einen Abdruck an erster Stelle der Leserbriefspalte wert. Die SPD wiederum zeigte große Kreativität bei der Suche nach möglichst weit von Kühne+Nagel entfernten Standorten. Dass der jetzige Kompromissvorschlag wenigstens in Reichweite des Weltkonzerns liegt, hat die Grünen eine harte Verhandlungsnacht gekostet.

SÜDWESTER

## Lob der Spitzel

Sorry, der *südwester* hat die Geheimdienste fälschlich verkertert. Er hielt **jahrzehntelange lücken- und ergebnislose Überwachung** Unbescholtener für Quatsch. Er nahm den Diensten krumm, dass sie **trotz Infos über rechtsextreme Banden** nichts zu deren Ergreifung beitragen, und er wählte, in den Ämtern für Verfassungsschutz bekämen zu viele Leute fürs Zeitunglesen **viel zu viel Geld**. Doch jetzt hat VS-Boss Hans-Georg Maaßen in Hannover alle Zweifel beseitigt. Auf der CeBIT **enthüllte er** den Stand der deutsch-türkischen Beziehungen. „Schwierig“ sei der, „sehr schwierig“. Schade nur: **Geheim bleiben muss**, wo er das her hat.

KOMMENTAR STANDORTENTSCHEIDUNG FÜR DAS „ARISIERUNGS“-MAHNMAL VON HENNING BLEYL

## Bockender Bürgermeister

Der Versuch, in Bremen ein „Arisierungs“-Mahnmal zu errichten, zeigt einen klassischen Konflikt zwischen Exekutive und Legislative. Der wurde in großem Stil kürzlich am Beispiel der Armenienresolution des Bundestages durchgezogen. Aber in der Bremer Provinz? Warum die dortige SPD partout als Schutzmacht für die Interessen des Weltkonzerns Kühne+Nagel auftreten will, der so vehement seine NS-Geschäfte leugnete, bleibt ihr Geheimnis. Dass der Konzern sonst seine Arbeitsplätze aus Bremen abziehen würde, verweisen Firmen-Insider jedenfalls ins Reich der opportunen Legende. Trotzdem bockt der Bremer Bürgermeister, wenn es darum geht, die gefühlte „Bannmeile“ um den Konzernsitz per Mahnmal

zu durchbrechen. Misslich bei all dem auch die Missachtung des Stadtteil-Beirats. Die Platzierung von Kunst im öffentlichen Raum gehört zu dessen ureigensten Befugnissen, dennoch wurde er monatelang aus dem Verfahren herausgehalten. Was damit zusammenhängen könnte, dass sich dort eine Mehrheit dagegen abzeichnete, den Befindlichkeiten von Kühne+Nagel Priorität einzuräumen. Trotz allem hat die taz-Initiative Wehri-Geheimnis. **Warum die SPD als Schutzmacht für den Weltkonzern auftritt, bleibt ihr Geheimnis**

sentliches erreicht: Erstens hat sie der geschichtsverfälschenden Selbstinszenierung des Konzerns etwas Wirkungsvolles entgegengesetzt. Das hat Auswirkungen auch auf die Unternehmen und Institutionen vor Ort: Die Bremer Wirtschaft insgesamt ist jetzt eine Selbstverpflichtung eingegangen, sich mit ihrer NS-Geschichte zu befassen. Hier hat das SPD-geführte Kulturressort einen Verhandlungserfolg errungen. Der sollte aber nicht zur Verhandlungsmasse in Sachen Mahnmalstandort degradiert werden. Zweitens ist ein Bewusstsein dafür geweckt, dass von der privaten Bereicherung im Holocaust in zahlreichen Familien eine Erbschaft bleibt, das bei vielen Beiträgen zum Ideenwettbewerb der taz für das Denkmal eine Rolle spielte. Das ist nachhaltig.

## Geflüchtete nach Blankenese

Der Streit um das geplante Flüchtlingsheim in Hamburg-Blankenese ist beigelegt. Ein Anwohner und die Stadt schlossen einen Vergleich, wonach das Pavillondorf für 192 Flüchtlinge gebaut werden kann, die Nutzung aber auf sieben Jahre begrenzt wird. In Hamburg leben noch immer rund 4.800 Geflüchtete länger als ein halbes Jahr in einer Erstaufnahme, weil Folgeunterkünfte fehlen. Die Stadt hatte im März 2016 den Bau einer Folgeunterkunft im Björnsonweg in Blankenese genehmigt. Im Juni verhängte das Verwaltungsgericht wegen umweltrechtlicher Verfahrensmängel einen Baustopp. (dpa)